



Fracking verbieten – Trinkwasser schützen!

Nachricht von Ralph Lenkert, Johanna Regina Voß, 22. November 2011

„Ist das denn erlaubt?“ So schildert Jörn Krüger von der Initiative „gegen Gasbohren“ während der öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses am Montag die verwunderte Reaktionen der Bevölkerung wenn er über das Fracking und dessen immer häufigere Anwendung informiert.

Beim Fracking wird mit Hilfe eines giftigen Chemiecocktails das Gestein im Untergrund aufgebrochen um die Förderung von unkonventionellem Erdgas zu ermöglichen. Die nur teilweise zurückgeholte Frac-Flüssigkeit wird meist ebenso wie das mit weiteren giftigen und radioaktiven Substanzen verseuchte Lagerstättenwasser an anderer Stelle wieder in den Untergrund verpresst.

Die Gefahren für Mensch und Umwelt sind vielfältig: durch Unfälle, undichte Bohrstellen oder langsamen Aufstieg können giftige Chemikalien und Methan in das Grund- und Trinkwasser gelangen. Oft treten verstärkt Erdbeben durch das Fracking auf. Die Folgen des Fracking für die Trinkwasserversorgung sind unabsehbar. In den USA ist das Fracking bereits

weit verbreitet und mit zahlreichen negativen Umweltauswirkungen und Verunreinigungen des Trinkwassers verbunden.

In der Anhörung des Umweltausschusses des Bundestages am Montag über den „Trinkwasserschutz und Bürgerbeteiligung bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas“ standen acht Sachverständige den Ausschussmitgliedern Rede und Antwort. Angesichts der mit dem Fracking verbundenen Risiken verwies Manfred Scholle, ehemaliger Vorstandsvorsitzender von Gelsenwasser, auf das Fracking-Verbot in Frankreich. Jörn Krüger von der Initiative „gegen Gasbohren“ und Dirk Jansen vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland brachten ebenfalls ein gesetzliches Verbot des Fracking ins Spiel.

Johanna Voß, stellvertretendes Mitglied der Fraktion im Umweltausschuss, erklärte anlässlich der Anhörung: „Kein Klärwerk, keine Mülldeponie ist in der Lage diese Abfälle sicher zu entsorgen. Die bisherige Praxis des Verpressens im Untergrund ist eine tickende Zeitbombe. Das Mindeste was wir brauchen sind verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfungen und ein Verbot der Entsorgung von Millionen Litern giftigen Abwassers in den Boden. Dass Anwohner und Gemeinden über Frac-Vorgänge und Unfälle nicht oder nur unzureichend informiert wurden ist nicht tragbar. Für kurzfristige Gewinninteressen der Unternehmen darf nicht mit der Trinkwasserversorgung der Bürger gespielt werden. Eine Reform des Bergrechts reicht jedoch nicht aus. Daher tritt DIE LINKE für ein bundesweites Verbot des Fracking ein, wie es bereits in Frankreich beschlossen wurde. Statt weiter nur im Interesse der Gasindustrie zu handeln, muss die Bundesregierung die Trinkwasserversorgung der Bürger schützen.“

Ralph Lenkert, Obmann der Fraktion im Ausschuss,

verweist auf die Unverhältnismäßigkeit: "Für mich ist bei der Anhörung ganz klar herausgekommen, dass die Risiken angesichts der relativ geringen Fördermengen einfach zu hoch sind. Das Verhältnis passt nicht. Außerdem tragen die Bürger die Beweislast für Frac-Schäden an ihren Häusern. Das ist überhaupt nicht hinnehmbar."

Anstatt die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung zu riskieren sollte die Bundesregierung die Senkung des Energieverbrauchs und den Ausbau erneuerbarer Energien stärker voranbringen.

DIE LINKE stellte deshalb bereits im Juni einen Antrag im Bundestag „Keine Erdgasförderung auf Kosten des Trinkwassers – Fracking bei der Erdgasförderung verbieten“ (Drucksache 17/6097).